

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/19/2007

der 19. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land - **öffentlicher Teil** -
am Mittwoch, dem 07.02.2007, 17:13 Uhr, Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Rydzewski, Sieghardt Landrat

Fraktion CDU

Apel, Michael
Arndt, Christiane
Blawatt, Hubert
Dobmaier, Ludwig Stefan
Etzold, Stephan
Golder, Barbara
Gumprecht, Christian
Horny, Hans-Joachim Dr.
Ronneburger, Jürgen
Schröter, Fritz
Sonntag, Andreas
Ungvari, Johannes
Waldenburger, Karsten Dr.

Fraktion SPD

Franke, Sabine
Matzulla, Gabriele
Mittelstädt, Peter
Schemmel, Volker
Scholz, Wolfgang
Schubert, Hartmut Dr.
Stange, Steffen
Wolf, Michael
Zehmisch, Martina

Fraktion Die Linke.PDS

Bergner, Peter
Börngen, Klaus
Burkhardt, Bernd
Ebert, Barbara
Klaubert, Kati
Mäder, Peter

Pietsch, Gert
Plötner, Barbara
Plötner, Heinz-Dieter
Tempel, Frank

Fraktion FDP

Bugar, Hans-Peter
Heitsch, Hans-Jürgen
Schalla, Karsten

Fachbereichsleiter

Boße, Ludger
Gelbrich, Kunz
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion CDU

Büring, Alexander Dr.	Urlaub
Kasper, Hans-Jürgen	Urlaub
Kern, Herbert	krank
Köhler, Herbert	Urlaub
Melzer, Uwe	Urlaub
Reichel, Fred	berufliche Gründe
Tomaschewski, Wolfhardt Dr.	krank

Fraktion Die Linke.PDS

Fache, Sabine	Urlaub
Hübschmann, Klaus	berufliche Gründe
Reimann, Michaele	Urlaub

Fraktion FDP

Hermann, Rolf	Urlaub
---------------	--------

Beigeordnete

Gräfe, Christine	Urlaub
------------------	--------

Vorsitz: Fritz Schröter

Schriftführung: Mareile Köhler

Beginn der Sitzung: 17:13 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 1 | Bürgeranfragen | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung vom 06.12.2006 | |
| 3 | Verschiedenes | |
| 3.1 | Informationen des Landrates | |
| 3.2 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 4 | Nachbetrachtung zur Informationsreise der Kreistagsmitglieder zum Flughafen Frankfurt-Hahn | |
| 5 | Nahverkehrsplan des Landkreises Altenburger Land für den Zeitraum 2007 bis 2011 | KT-DS 223/2007 |
| 6 | Zuwendung für die Beschaffung eines Abrollbehälters - Schlauch (AB - Schlauch) für die Stadt Altenburg als Träger der Stützpunktfeuerwehr | KT-DS 224/2007 |
| 7 | Gemeinsame Vereinbarung des Freistaates Thüringen und der Träger der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH zur Finanzierung der Gesellschaft für die Jahre 2009 bis 2012 | KT-DS 225/2007 |
| 8 | Änderung der Unterkunftsrichtlinie (Antrag L.PDS-Fraktion) | KT-DS 228/2007 |

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Anwesenden und übergibt zunächst das Wort an den Landrat.

Der Landrat ehrt im Auftrag des Thüringer Innenministers Herrn Norman Hillmann für die Rettung eines gekenterten Seglers mit dem „Erinnerungszeichen für Rettung aus Gefahr“ und im Namen des Thüringer Ministerpräsidenten Frau Margit Pohle für ihr außerordentliches ehrenamtliches Engagement als Vorsitzende der Volkssolidaritäts-Ortsgruppe Göhren mit dem „Ehrenbrief des Freistaates Thüringen“.

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende eröffnet die 19. Sitzung des Kreistages. Er stellt fest, dass die Mitglieder des Kreistages gemäß § 35 Abs. 2 ThürKO ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung geladen wurden und gibt bekannt, dass der Kreistag mit 36 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Änderungswünsche zur vorliegenden TO gibt es nicht. Die o. g. Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 1 Bürgeranfragen

Es gibt keine Bürgeranfragen.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung vom 06.12.2006

Der Vorsitzende verweist auf die gesetzliche Grundlage für die Genehmigung der Niederschrift (§ 112 i. V. mit § 42 Abs. 2 ThürKO). Er stellt fest, dass die Niederschrift allen KTM zugegangen ist und dass es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt.

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages vom 06.12.2006 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

TOP 3.1 Informationen des Landrates

Der Landrat teilt mit, dass die KTM heute folgende Materialien erhalten haben:

- Rechtsposition des Landrates in der Gesellschafterversammlung einer GmbH mit Kreisbeteiligung (Stellungnahme des thüringischen Landkreistages, Schreiben des LVA 06.11.06, Antwort Innenministerium vom 02.01.07 auf die kleine Anfrage der MdL Reimann und Kuschel)
- Information zur Rolle des LRA als Aufsichtsbehörde bei Strukturveränderungen von kreisangehörigen Gemeinden
In diesem Zusammenhang verweist der Landrat darauf, dass nähere Informationen zum Verfahren der Änderung von kommunalen Strukturen sowie Musterverträge über die Internetseite www.Thueringen.de, - Innenministerium - zu finden sind bzw. beim Büro des Kreistages abgefordert werden können.

Herr Gerhard Kaminski, Mitglied des Vorstandes des Seniorenbeirates, trägt den Jahresbericht 2006 des Seniorenbeirates vor. Der Bericht wurde den KTM auch schriftlich übergeben.

TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen. Er räumt den KTM ein, Anfragen mündlich vorzutragen.

Herr Ronneburger richtet folgende Anfrage der CDU-Fraktion an den Landrat:
„Zum Neujahrsempfang haben Sie sich für eine zügige Gebietsreform ausgesprochen. Die betroffenen Gemeinden sollten durch zügiges und verantwortungsvolles Handeln die Möglichkeit haben, in der "Freiwilligkeitsphase" selbst zu entscheiden.

Im Rahmen der Gebietsneugliederung in der Nordregion, der Eingemeindung der Gemeinde Wintersdorf zur Stadt Meuselwitz gibt es seit längerem Bestrebungen von Bürgern der Ortsteile Lehma und Trebanz, eine Angliederung nach Treben zu erreichen. Neben persönlichen Gründen der 259 Bürger, die im Rahmen einer Befragung dieses Interesse bekunden, sind es vor allem Gründe des öffentlichen Wohls, die dieses Ansinnen möglicherweise rechtfertigen.

Dazu hat die CDU-Fraktion folgende Fragen:

1. Wie werten Sie das Bestreben der 259 Bürger aus Lehma und Trebanz?
2. Sind Sie, Herr Landrat hier bereits beratend aktiv geworden?
 - Wenn ja, in welcher Form?
 - Wenn nein, planen Sie entsprechende Aktivitäten?

Weiterhin haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Bürgermeister der Gemeinde Wintersdorf nach einem OVZ-Artikel vom 26.01.2007 einen Forderungskatalog erstellt, nach welchem die Gemeinde Treben mehr als eine Million Euro zahlen müsste, um die Bürger der Ortsteile Lehma und Trebanz aufnehmen zu können.

Liegt Ihnen, Herr Landrat, oder Ihren Mitarbeitern dieser Forderungskatalog vor und wie bewerten Sie eine derartige Vorgehensweise?

Bei aller Legitimität einer Vermögensaufrechnung sehen wir hier eine große Gefahr, dass damit eine sinnvolle Gebietsneugliederung von Anfang an verhindert bzw. verzögert wird. Im Mittelpunkt sollten hier vor allem die Interessen der betroffenen Bürger unseres Landkreises sein.“

Zu den Fragen verweist der Landrat darauf, dass es ein legitimes Recht der Bürger ist, sich anderweitig zu entscheiden oder auf eine Entscheidung Einfluss nehmen zu wollen. Dies ist in jedem Fall zu unterstützen. Ihm ist bekannt, dass sich die Gemeinde Wintersdorf mit diesem Sachverhalt befasst und mit der Gemeinde Treben im Gespräch war und ist. Bisher hat er keinen Anlass für ein rechtsaufsichtliches Eingreifen gesehen und ist auch von keiner Seite gebeten worden, beratend tätig zu werden. Der Landrat sichert eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt der Vorsitzende den TOP.

TOP 4 Nachbetrachtung zur Informationsreise der Kreistagsmitglieder zum Flugplatz Frankfurt-Hahn

Der Landrat erklärt einleitend, dass es nach dem Besuch von KTM sowie weiteren Teilnehmern aus Wirtschaft und Verwaltung in Frankfurt-Hahn den Wunsch gab, im Kreistag eine Nachbetrachtung und Auswertung vorzunehmen. Darüber hinaus sollen aktuelle Informationen mit einfließen. Er bittet, dass der Geschäftsführer der Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH, Herr Grahmann, wie im Vorfeld besprochen, zunächst das Wort zum Vortrag erhält und anschließend die Fraktionen Gelegenheit zur Diskussion haben.

Herr Grahmann führt aus, dass an der Informationsreise nach Frankfurt-Hahn vom 1. - 2. Dez. 30 Personen aus dem Altenburger Land teilgenommen haben, darunter KTM, Stadträte, Geschäftsführer und Aufsichträte der Stadtwerke und der THÜSAC und Vertreter des Wirtschaftsvereins. Zur Entwicklung des Flugplatzes Frankfurt-Hahn und der Region trägt er folgende Fakten vor:

- nach Abzug der rund 15.000 Amerikaner eine Arbeitslosenquote in der Region von 28 %, derzeit 5,6 %, wobei die beiden größten Städte bei 3,2 und 2,8 % liegen,
- Job-Entwicklung in Frankfurt-Hahn: 2001 = 1.600 Beschäftigten, aktuell 3.161 Beschäftigte,
- Flugplatz verzeichnet 18 An- und Abflüge pro Tag, angeboten werden 43 Destinationen (Ziele), 2004 gab es 3 Mio. Passagiere, 2006 waren es 3,7 Mio., bei der Luftfracht an 4. Stelle in Deutschland, 2007 werden hier 133.000 t erwartet, Air Franc Cargo betreibt in Frankfurt-Hahn den zweitgrößten Frachtumschlagsplatz weltweit,
- z. Z. 2.612 Firmenansiedlungen,
- Investitionen von Ryanair am dortigen Flugplatz erfordern ein drittes Terminal, langfristiges Ziel sind 12 Mio. Passagiere.

Zur angeblichen Abhängigkeit von einer Fluggesellschaft informiert er wie folgt:

- in Frankfurt-Hahn Passagierverkehr zu 90 % durch Ryanair
- weiterer Informationsbesuch von Politikern und Wirtschaftsleuten in London-Stansted (größter Low-Cost-Flughafen mit 24 Mio. abgefertigten Passagieren im Jahr, $\frac{3}{4}$ davon durch Ryanair),
- für 2,4 Mrd. Pfund Umbau des Flughafens London-Stansted in den nächsten 17 Jahren, mittelfristig 70 Mio. Passagiere im Low-Cost-Sektor,
- Entwicklung Ryanair zur größten Passagier-Airline in Europa

Schlussfolgernd schlägt er vor:

- optimistisch an die Sache rangehen,

- Bekanntheitsgrad des Altenburger Flugplatzes erhöhen, dazu sind bereits verschiedene Maßnahmen angelaufen (regelmäßige Herausgabe eines Newsletters, Verteilung von 30.000 Flyern usw.),

Weiter informiert er:

- es gab Gelegenheit, ein Interview mit Ryanair-Chef M. O'Leary zu führen, dabei wichtige Aussagen zum Standort Altenburg (Anmerkung: Kopie der Übersetzung erhalten die KTM mit dieser Niederschrift),
- gemeinsame Marketing-Aktion mit Ryanair ab etwa Ende Februar, um Linie nach Gerona erfolgreicher zu machen.

Namens der SPD-Fraktion führt Herr Dr. Schubert aus, dass die genannten Zahlen zeigen, welche Dynamik in dieser Branche steckt. In keinem anderen Bereich ist ein solches Wachstum in den nächsten Jahren zu erwarten. Seiner Meinung nach sind die Prognosen realistisch und werden vor allem den Low-Cost-Bereich betreffen. Die Frage ist, ob wir im Osten Deutschlands davon profitieren wollen und können. Allerdings ist der Low-Cost-Bereich in den neuen Ländern nicht so stark ausgeprägt wie in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern kann und muss sich dieser Bereich noch mehr etablieren und Altenburg-Nobitz kann davon profitieren. Im Klaren sein muss man sich allerdings, dass der Kreis in den nächsten Jahren Geld in die Hand nehmen muss. Dabei gibt es natürlich auch das Risiko, dass es nicht so wie gedacht funktioniert. Der Kreis hat kaum Chancen, Wirtschaftsförderung zu betreiben, deshalb sollte er diese Chance ergreifen, um Ähnliches wie in Hahn möglich zu machen. Im Landeshaushalt sind 5 Mio. als Verpflichtungsermächtigung 2008/2009 für Regionalflugplätze eingestellt. Ob die Mittel dann wirklich im nächsten Haushaltplan stehen, ist noch nicht geklärt. Deshalb ist auch gegenüber Erfurt unser Wille zu Investitionen zu bekunden und dazu sind Komplementärmittel des Kreises erforderlich. Investitionen sind notwendig, meint Herr Dr. Schubert, auch um irgendwann den Flugplatz Altenburg-Nobitz für private Investoren interessant zu machen. Weiter macht er auf mögliche Konkurrenten für den Low-Cost-Bereich in der Region aufmerksam, deren Entwicklung im Auge zu behalten ist (Beispiel Kochstedt in Sachsen-Anhalt). Auch ist gegenüber dem Freistaat darauf Einfluss zu nehmen, dass die Anbindung des Flugplatzes Altenburg-Nobitz weiter voran kommt, z. B. durch die Ortsumgehung Gößnitz, eine bessere Verbindung nach Zwickau oder eine verbesserte Zufahrt zum Flugplatz. In den nächsten Monaten wird das Thema Flugplatz der Hauptpunkt der Diskussion sein und es muss entschieden werden, ob man das Risiko eingeht, die Entwicklung intensiv voranzutreiben oder weiter machen will wie bisher.

Herr Schalla, Vorsitzender der FDP-Fraktion stellt voran, dass er den Flugplatz Frankfurt-Hahn noch aus der Anfangszeit kennt. Vermisst hat er bei der Informationsreise vor allem die KTM, die immer wieder Skepsis verbreiten, denn man konnte sich ein Bild davon machen, was aus einer gebeutelten Region werden kann. Trotz der dort von Herrn Schumacher vorgestellten eindrucksvollen Bilanz ist seine Fraktion der Meinung, dass man die Flugplätze Hahn und Altenburg-Nobitz nicht miteinander vergleichen kann. Hahn hat sich ausschließlich zum Flugplatz für Low-Cost-Linien entwickelt mit dem Hauptkunden Ryanair, der einen großen Beitrag an der Entwicklung hat. Das wird in Altenburg-Nobitz so nicht kommen, was aber nicht heißt, dass es sich nicht lohnt, um den Flugplatz zu kämpfen. Seine Fraktion sieht den Flugplatz in erster Linie als ein Industrie- und Gewerbegebiet mit Landebahnbindung. Gelingen muss es, dort Industrie und Dienstleistungsunternehmen anzusiedeln, die auf die Start- und Landebahn zurückgreifen wollen. Die FDP-Fraktion fordert von der Verwaltung die Aufrechterhaltung der im letzten Jahr mehrfach in KTS angemahnten Transparenz beim Thema Flugplatz Altenburg-Nobitz. Dazu zählt die regelmäßige Berichterstattung im Kreisausschuss, ge-

nauso wie in anderen Ausschüssen, so im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss. Herr Schalla macht auf die neue im Staatsanzeiger Nr. 3/2007 veröffentlichte Richtlinie für die Förderung des Ausbaus von Verkehrslandeplätzen in Thüringen aufmerksam, die zu beachten ist. Dort ist verankert, dass unter bestimmten Umständen bis zu 70 % Fördermittel fließen können. Klar muss da aber sein, dass die restlichen 30 % vom Landkreis bzw. den Gesellschaftern kommen müssen. Dazu muss man zusammenstehen, dafür muss man kämpfen. Die FDP-Fraktion wird bei bestehender Transparenz auch weiterhin die Aktivitäten zur Entwicklung des Flugplatzes Altenburg-Nobitz unterstützen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Der Vorsitzende schließt den TOP.

KT-DS 223/2007

TOP 5 Nahverkehrsplan des Landkreises Altenburger Land für den Zeitraum 2007 bis 2011

Der Vorsitzende ruft den TOP auf, verweist auf die vorliegende Drucksache Nr. 223/2007 und bittet um Wortmeldungen.

Herr Sonntag hat folgende Anmerkungen zum vorliegenden weit in die Zukunft schauenden Nahverkehrsplan:

- Nicht ausreichend berücksichtigt findet er die Bedürfnisse der vielen Berufspendler in südliche und westliche Richtung. Auf dem Schaubild (S. 8) sind keine ICE-Linien nach Frankfurt-Main und München verzeichnet.
- Die Einwendungen des Burgenlandkreises zur Verbindung Altenburg – Zeitz sollten auch in Hinblick auf die Erreichbarkeit von ICE-Linien berücksichtigt werden.
- Nicht realisiert wurde der Schaffung von Parkmöglichkeiten am Bahnhof Altenburg (siehe Seite 40).
- Vermisst werden mit Blick auf die Zukunft deutliche Aussagen zum Umweltschutz. Dazu verweist er auf den KT-Beschluss zur Förderung erneuerbarer Energien.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig den Nahverkehrsplan des Landkreises für 2007 bis 2011 zur Beschlussfassung, teilt der stellv. Ausschussvorsitzende, Herr Heitsch, mit.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn dem Nahverkehrsplan gemäß o. g. Drucksache zugestimmt wird.

Der Kreistag fasst den nachstehenden Beschluss Nr. 211.

Beschluss Nr. 211:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt die vorliegende 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Landkreises Altenburger Land für den Zeitraum 2007 bis 2011.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 36 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 35 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung gefasst.

KT-DS 224/2007

TOP 6 Zuwendung für die Beschaffung eines Abrollbehälters - Schlauch (AB - Schlauch) für die Stadt Altenburg als Träger der Stützpunktfeuerwehr

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und stellt die Drucksache Nr. 224/2007 zur Diskussion.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Landrat informiert, dass der Kreisausschuss einstimmig die Beschlussfassung empfiehlt.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wer mit der Zuwendung an die Stadt Altenburg zur Beschaffung des Abrollbehälters – Schlauch gemäß Drucksache einverstanden ist.

Der Kreistag fasst daraufhin den folgenden Beschluss Nr. 212.

Beschluss Nr. 212:

Der Kreistag beschließt, der Stadt Altenburg als Träger der Stützpunktfeuerwehr eine Zuwendung in Höhe von 24.000,00 € aus dem Haushaltsausgaberest des Jahres 2006 in der Haushaltsstelle 13000.982000 für die Beschaffung eines Abrollbehälters – Schlauch zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 36 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS 225/2007

TOP 7 Gemeinsame Vereinbarung des Freistaates Thüringen und der Träger der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH zur Finanzierung der Gesellschaft für die Jahre 2009 bis 2012

Der Vorsitzende ruft den TOP auf, verweist auf die vorliegende Drucksache 206/2006 und übergibt das Wort an den Landrat.

Der Landrat erklärt, dass es in der heutigen Beschlussvorlage nur um einen Teil, wenn auch den wichtigsten, die weitere Finanzierung des Theaters geht. Die Vereinbarung mit dem Freistaat Thüringen ist die Basis für alles was folgt. Aber nicht minder wichtig ist das, was nun noch kommen muss, die Finanzplanung und das Konzept des Theaters bis 2012. Der heutige Beschluss ist die Voraussetzung, um dann den zweiten Schritt zu gehen. Wenn die beiden anderen Gesellschafter, Stadt Gera und Stadt Altenburg gleichermaßen so beschließen und der Freistaat entsprechend informiert wird, erreicht dieser Vertrag Rechtskraft. Noch eine Weile beschäftigen wird alle dann das vom Kreistag auch zu beschließende Finanzierungskonzept. Eckpunkte dieses Konzeptes sind:

- Weiterführung des Haustarifvertrages in der derzeitigen oder einer ähnlichen Form bis 2012, um Kündigungen zu vermeiden,
- Beteiligung der Besucher durch moderate Anhebung der Eintrittspreise,
- Einfrieren der Sachkosten auf dem jetzigen Niveau.

Der Landrat bittet den Kreistag, den jährlichen Zuschuss an die Gesellschaft beizubehalten. Die Signale der beiden anderen Gesellschafter sind jedenfalls so, dass sie das auch tun wollen.

Herr Wolf, SPD-Fraktion, begrüßt namens seiner Fraktion das Zustandekommen der vorliegenden Vereinbarung. Die Fraktion wird dieser zustimmen. Die kulturelle Vielfalt in der Region wird vor allem durch die TPT GmbH mitgeprägt. Sie ist mittlerweile ein Standortfaktor geworden und zeigt, dass die Fusion der beiden Theater Gera und Altenburg der richtige Schritt war. Sehr kritisch sieht die Fraktion die vom Freistaat Thüringen vorgenommene Streichung bei der Theaterfinanzierung. Ursprünglich beabsichtigt war eine Reduzierung von bisher über 9,7 Mio. € auf 9,3 Mio. €. Durch Interventionen der Gesellschafter und intensive Verhandlungen ist es gelungen, 200 T€ mehr heraus zu handeln. Es bleibt aber letztendlich eine Absenkung, die neben dem Tarifaufwuchs zu einer Belastung des Theaters führt. Begrüßt wird von der Fraktion die Unterbreitung des Finanzierungsvorschlags, der betriebsbedingte Kündigungen verhindert und alle Sparten weiter aufrecht erhält. Das dies nur möglich ist, wenn die Gesellschafter ihre Zuschüsse beibehalten, ist der Fraktion klar. Deshalb appelliert sie an alle KTM und die beiden anderen Gesellschafter, bei der bisherigen Höhe der Zuschüsse zu bleiben. Die Flankierung durch Einnahmeerhöhung auf der einen Seite (Eintrittspreise, Modifizierungen im Rabattsystem, mehr Zuschauer usw.), Einfrierung der Sachkosten und Abschluss eines Haustarifvertrages sind unabdingbare Voraussetzung, dass das Finanzierungskonzept aufgeht. Sehr positiv wurde von der Fraktion zur Kenntnis genommen, dass das Theater unter dem neuen Generalintendanten einen merklichen Akzeptanzschub erfahren hat, zu sehen an den gestiegenen Besucherzahlen. Die Fraktion unterstützt die Vereinbarung und beauftragt den Landrat, alles zu tun, dass im Rahmen der Möglichkeiten der Gesellschafter die genannten drei maßgeblichen Punkte umgesetzt werden. Damit ist ein wichtiger Schritt erreicht, um das Theater in seiner Vielfalt als produzierendes Mehr-Sparten-Theater und als thüringenweit Bedeutsames zu erhalten. Die SPD-Fraktion spricht dem Landrat Anerkennung für das Verhandlungsergebnis aus.

Die Leiterin der zeitweiligen Arbeitsgruppe Theater, Frau Klaubert, führt zu deren Arbeit aus, dass die Zusammenarbeit der Vertreter der Stadt und des Landkreises sehr sinnvoll war. In den letzten 1 ½ Jahren gab es 6 Beratungen, davon 1 x mit Vertretern der Stadt Gera. In der letzten Beratung am 29. 01. wurden 2 Punkte beraten und als Empfehlung an den KT ausgesprochen.

1. Den Gesellschaftern wird empfohlen, der Vereinbarung mit dem Freistaat Thüringen zur Finanzierung der Gesellschaft für die Jahre 2009 bis 2012 zuzustimmen.
2. Die Gesellschafter mögen ihre bisherigen Zuschüsse auch für die Jahre 2009 bis 2012 beibehalten, um ein Fortbestehen des Theaters auf dem gegenwärtigen Niveau zu gewährleisten.

Frau Klaubert dankt abschließend den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die Arbeit und den fairen Umgang miteinander.

Zur Beratung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses führt der Ausschussvorsitzende, Herr Schalla, aus, dass fraktionsübergreifend die Hoffnung zum Ausdruck gebracht wurde, dass

- der bereits angesprochene Haustarifvertrag abgeschlossen werden kann,
- der KT und die beiden weiteren Gesellschafter der Vereinbarung zustimmen,

- die Besucher der Theater, vor allem des Landestheaters Altenburg, die notwendigen Eintrittspreiserhöhungen mittragen und damit ihren Beitrag zur Erhaltung des Theaters leisten.

Namens des Ausschusses dankt Herr Schalla der Arbeitsgruppe für ihre Tätigkeit. Der SKSpA empfiehlt einstimmig die Annahme des vorliegenden Beschlussvorschlages.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn der gemeinsamen Vereinbarung mit dem Freistaat Thüringen ... gemäß o. g. Drucksache zugestimmt wird.

Der Kreistag fasst daraufhin den nachfolgenden Beschluss Nr. 213.

Beschluss Nr. 213:

Der Kreistag stimmt der als Anlage beigefügten gemeinsamen Vereinbarung zur Finanzierung der TPT Theater und Philharmonie Thüringen GmbH für die Jahre 2009 bis 2012 zu.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des /Kreistages waren zur Abstimmung 36 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS 228/2007

TOP 8 Änderung der Unterkunftsrichtlinie (Antrag L.PDS-Fraktion)

Der Vorsitzende ruft Drucksache Nr. 228/2007 auf und übergibt das Wort an Frau Klaubert zur Begründung des Antrages der L.PDS-Fraktion.

Frau Klaubert verweist darauf, dass mit Inkrafttreten der geänderten Unterkunftsrichtlinie zum 1.1.07 vermehrt Bürger an die Fraktion herangetreten sind, weil sie Probleme mit den Zuwendungsbescheiden bezüglich der Angemessenheit von Wohnraum hatten. Hauptsächlich betroffen waren Familien, die in 4- oder 5-Personenhaushalten zusammenleben. Ursache war die Reduzierung der Quadratmeter. Der Beschlussvorschlag wurde in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung erarbeitet. Frau Klaubert bittet, der vorliegenden Änderung zuzustimmen. Als redaktionelle Änderung bittet sie noch, im letzten Satz der 3. Änderung das Datum 05.02.2007 auf den heutigen Tag - **07.02.2007** - zu ändern.

Herr Scholz möchte wissen, welche finanzielle Mehrbelastung durch diese Änderung auf den Landkreis zukommt.

Der Landrat kann keine konkrete Antwort darauf geben, bittet aber, dass Frau Matzulla dazu etwas sagt, weil das auch ein Thema im Ausschuss war.

Die Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses, Frau Matzulla, führt aus, dass im Ausschuss dargelegt wurde, dass nach wie vor die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nicht klar kalkulierbar ist. Gleichzeitig gibt es auch vom Land noch keine klaren Aussagen dazu, wie sich in diesem Jahr die Weiterreichung der Einsparungen z. B. bei den Kosten der Sozialhilfe vollzieht. Der Ausschuss ist in der Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, dass die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und die

damit verbundenen Belastungen des Kreises in der Vergangenheit erheblicher waren als das, was die Änderung der Richtlinie zur Folge hat.
Der Ausschuss hat eine mehrheitliche Empfehlung zur Beschlussfassung an den Kreistag ausgesprochen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn der Änderung der Unterkunftsrichtlinie gemäß Antrag der L.PDS-Fraktion zugestimmt wird.

Durch den Kreistag wird daraufhin der nachfolgende Beschluss Nr. 214 gefasst.

Beschluss Nr. 214:

Der Kreistag beschließt beiliegende 3. Änderung der Unterkunftsrichtlinie mit Wirkung zum 01.03.2007.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 36 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 28 Ja-Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen gefasst.

Der Vorsitzende schließt um 18:28 Uhr die öffentliche Sitzung. Nach einer Pause wird die 19. KTS mit dem nicht öffentlichen Sitzungsteil fortgeführt.

Altenburg, den 23.02.07

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Fritz Schröter
Vorsitzender des Kreistages

Mareile Köhler
Büro des Kreistages